



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft
und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 12.05.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 17. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 14.04.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Maßnahmenpapier zur Teilhabe von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen am gesellschaftlichen Leben in der Stadt Eberswalde (Angelegenheit wurde auf Antrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde in die Tagesordnung aufgenommen)
10. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

10.1. **Vorlage:** AF/0035/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
Herr Markmann

Tierpark Eberswalde

10.2. **Vorlage:** AF/0036/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
Herr Markmann

Tourismuskonzept für die Stadt Eberswalde

11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

11.1. **Vorlage:** BV/0281/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.22 - Jugendkoordinatorin

**Leistungsvertrag zur Durchführung von Jugendkoordination und Jugendförderung
zwischen dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde**

11.2. **Vorlage:** BV/0302/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unterstützung des Projektes Waldorfkindergarten in Eberswalde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Herr Jur, eröffnet die 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen um 18:15 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Herr Jur, stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen mit 10 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

TOP 3

**Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 17. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom
14.04.2016**

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift der 17. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 14.04.2016 liegen nicht vor.

Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Herr Jur, weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage BV/0281/2016 „Leistungsvertrag zur Durchführung von Jugendkoordination und Jugendförderung zwischen dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde“ vom Einreicher zurückgezogen wurde. Aus diesem Grund entfällt der Tagesordnungspunkt 11.1.

Mündliche Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vorgetragen.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von Einwohnern an den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Stibane weist darauf hin, dass der Stadt ein Anschreiben der Initiative „Deutschland Fairgleicht“, die über das neue Vergaberecht sowie ein faires Beschaffungswesen informieren, vorliegt. Gleichzeitig bittet die Initiative, den 3 stärksten Fraktionen ein Exemplar des Anschreibens zu übergeben. Frau Stibane gibt das Anschreiben der Initiative als Anlage zur Niederschrift, so dass es allen Fraktionen zur Kenntnis gelangt und möchte die 3 vorhandenen Originale an die stärksten Fraktionen verteilen. Das Anschreiben der Initiative „Deutschland Fairgleicht“ liegt der Niederschrift als **Anlage 2** bei.

Des Weiteren informiert Frau Stibane, dass im Land Hessen die Möglichkeit der Entschuldung von hochverschuldeten Gemeinden im Falle von freiwilligen Gemeindefusionen bis zu einem Prozentsatz von 46 % besteht. Das Land Hessen hat beispielsweise den Weg eines Schutzschirmes gewählt, der mit 27,3 Millionen Euro gefüllt ist. Das bedeutet, dass sich hochverschuldete Gemeinden bewerben können und bestimmte Kriterien erfüllen müssen.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Maßnahmenpapier zur Teilhabe von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen am gesellschaftlichen Leben in der Stadt Eberswalde (Angelegenheit wurde auf Antrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde in die Tagesordnung aufgenommen)

Herr Zinn bemerkt, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde nicht der Einreicher des Maßnahmenpapiers ist, sondern vielmehr die Stadtverwaltung. Das Maßnahmenpapier hätte in den Fachausschüssen, wie AKSI und ABJS, beraten werden müssen. Lediglich auf die Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen hat es dieser Antrag auf Grund des Geschäftsordnungsantrages geschafft. Bezüglich des Wunschkataloges auf den Seiten 15 – 17 hätten sich die Fachausschüsse damit auseinandersetzen müssen, da es gerade diese Bereiche tangiert.

Frau Stibane verweist darauf, dass sich darüber verständigt wurde, den Fraktionen bis Ende Juli Zeit für Gespräche und Stellungnahmen zu lassen, alsdann das Maßnahmenpapier im AKSI im September diskutiert werden kann und es im Oktober für die Sitzungen des AKSI, ABJS, ABPU, Hauptausschuss und StVV zur Beschlussfassung vorgesehen ist.

Herr Sponner findet es wichtig, die echten Zahlen für die kommenden Sitzungen vorzulegen. Als Problem ist nach ihm vorliegenden Informationen die ethnisch adäquate Ernährung von Geflüchteten durch Einrichtungen zu Tage getreten. Der Verteilung des Essens mit Berücksichtigung von Nationalitäten ist hierbei viel mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Frau Stibane nimmt den Hinweis dankend auf.

Herr Trieloff weist in Ermangelung der Ergänzungen des Berichtes „Eberswalde handelt“ für das 2. Quartal und fordert diese ein, da gerade die Berichterstattung hier äußerst hilfreich wäre.

Frau Stibane geht davon aus, dass die Verwaltung, hier das Dezernat II, dem nachkommt, wenn das 2. Quartal vollendet ist.

Herr Zinn weist darauf hin, dass sich die Ergänzungen bereits im Maßnahmenpapier befinden. Er geht davon aus, dass die Zeitspanne bis September zu weit gefasst ist, da dann bereits das neue Schuljahr beginnt. Er appelliert vielmehr an die Verwaltung, die Beratung des Maßnahmenpapiers bereits in den ABJS im Juni einzubringen. Hinsichtlich des in der kommenden Woche angekündigten Besuches des Ministerpräsidenten Woidke sollte ihm die Frage gestellt werden, wie er zu dem Brief des Bürgermeisters steht. Es gibt massive Probleme bei den zur Verfügung stehenden Plätzen an den Schulen, speziell in der Grundschule Schwärzensee.

Frau Kersten bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Trieloff und weist darauf hin, dass die Berichterstattung vierteljährlich erfolgen soll. Die Zeit ist verstrichen und eine erneute Berichterstattung steht aus. Ebenso sollte die Verwendung der 40.000 Euro und wie die Stadtverwaltung die Unterstützung vorsieht, erläutert werden.

Frau Stibane erklärt, dass die Verwendung der Finanzmittel in Höhe von 40.000 Euro im Maßnahmenpapier für das 1. Quartal bereits erläutert ist. Die Berichterstattung zu „Eberswalde handelt“ ist quartalsweise zu aktualisieren. Das 2. Quartal ist erst am 30.06. zu Ende.

Herr Landmann verweist darauf, das Maßnahmenpapier im ABJS im Juni zu behandeln, da es ihm erst mit der Zusendung der Unterlagen zur Kenntnis gelangte. Das Maßnahmenpapier enthält exorbitant hohe Summen. Herr Landmann vermisst eine Empfehlung seitens der Verwaltung. Er bittet die Verwaltung um Klärung.

Frau Stibane erläutert, dass das Maßnahmenpapier entsprechend der Vorlage „Eberswalde handelt“ im Auftrag der StVV entstanden ist. Die Maßnahmen obliegen einem vorrangigen Leistungsträger.

Herr Landmann verweist darauf, dass die Zuständigkeit beim Landkreis Barnim liegt. Es stellt sich die Frage, warum die Stadtverwaltung Eberswalde ein derartiges Konzept erarbeitet und mit Zahlen unterlegt. Hier ist eindeutig der Landkreis Barnim in der Verantwortung. Es kann demnach nicht nachvollzogen werden, worin die Aufgaben des Landkreises Barnim bestehen.

Frau Stibane erläutert, dass mit dem gemäß Beschluss erbetenen Papier die Verwaltung den Abgeordneten mitgeteilt hat, was über die Arbeit mit den Geflüchteten / Migranten durch die freien Träger und ehrenamtlich Tätigen in Erfahrung gebracht werden konnte. Die Verwaltung steht dabei auf dem Standpunkt, dass es jeweils vorrangig zur Finanzierung verantwortliche Leistungsträger gibt. In Richtung des Landkreises ist die Unterstützung bspw. bei inhaltlich noch nicht ausgereiften Überlegungen und hinsichtlich der Finanzierung angezeigt.

Herr Markmann ist der Auffassung, dass pflichtige Maßnahmen, wie die Verankerung des Bedarfes von Schul- und Kitaplätzen, fehlen. Er schätzt ein, dass es einen gestiegenen Be-

darf gibt und die Verwaltung in den kommenden Jahren Finanzmittel aufwenden muss, um dem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen.

Herr Zinn erklärt, dass es am 18.04.2016 innerhalb des Kreistages einen Power-Point-Vortrag zum Thema gegeben hat, der sehr ausführlich und informativ erfolgte. Diesem Vortrag konnte entnommen werden, dass die Stadt Eberswalde die finanzielle Hauptlast trägt. Hiernach sollte die Stadt Eberswalde den Landkreis Barnim und das Land Brandenburg in die Verantwortung nehmen. Herr Zinn vertritt die Auffassung, Sondersitzungen des ABJS und AKSI für den Monat August vorzubereiten, um sich detailliert mit den aufgeworfenen Fragen und Hinweisen zu beschäftigen.

Herr Jur hebt hervor, dass die Stadt Eberswalde Herausragendes in der Problematik der Geflüchteten und Migranten leistet und der Druck auf den Landkreis Barnim auszubauen ist.

Herr Zinn reicht die Anfrage zur 17. Sitzung des ABJS am 11.05.2016 zur Kitabetreuung gemäß dem „Maßnahmepapier zur Teilhabe von Flüchtlingen ...“ als **Anlage 3** zur Niederschrift.

TOP 10

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 10.1

Vorlage: AF/0035/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Herr Markmann

Tierpark Eberswalde

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage zum Tierpark Eberswalde wurde an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner vor der Sitzung verteilt. Die Beantwortung der Anfrage liegt der Niederschrift als **Anlage 4** bei.

TOP 10.2

Vorlage: AF/0036/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Herr Markmann

Tourismuskonzept für die Stadt Eberswalde

Herr Dr. König führt mündlich zu den gestellten Fragen aus:

Zu Fragen 1 und 2: Herr König und seine Mitarbeiter sind seit dem Jahr 2012 im Amt. In der vorherigen Zeit bestanden bestimmte Vakanzen betreffend die Amtsleiterstelle, als auch verschiedener Mitarbeiterstellen. Zu Beginn seiner Tätigkeitsaufnahme fand Herr Dr. König 2 Mitarbeiter (Frau Aßmann und Herrn Zwitter) für den Bereich der Wirtschaftsförderung vor. Der Bereich Tourismus war nicht besetzt und wurde somit inhaltlich und thematisch auch nicht übergeben. Es wurde eine Vielzahl unsortierter Unterlagen gefunden. Der Bereich Tourismus musste demnach komplett neu aufgestellt werden. Aus diesem Grund ist es Herrn Dr. König nicht möglich, Aussagen zu treffen, inwieweit in der Zeit von Juni 2010 bis 2012 mit dem Tourismuskonzept verfahren wurde. Im Zuge der Durchsichtung der Unterlagen ist eine Studie gefunden worden. Es handelt sich dabei um eine Positionierung, vor allem im Bereich des Kultur- und Bildungstourismus. Inhaltlich wurden mit der Neubesetzung andere und neue Schwerpunkte im Bereich Tourismus gesetzt, so dass diese Studie nicht weiter fortgeschrieben wurde.

Frage 3: Es ist leider nicht möglich, hier eine Aussage zu treffen.

Frage 4: Herr Dr. König kann hier nur von seinem Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus sprechen. Die Studien sind Teil der täglichen Arbeit (WISTEK; INSEK). Es sind keine Studien durch das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus in Auftrag gegeben worden, die nicht weiter verfolgt werden. Demnach sind keine „unnützen“ Kosten entstanden.

Herr Zinn geht davon aus, dass die Beantwortung des umfangreichen Fragenkataloges zum Thema Tourismuskonzept der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der nächsten StVV vorgenommen wird.

Herr Dr. König sagt die Zuarbeit in qualifizierter Form zu.

Herr Markmann bemängelt, dass seinem ausdrücklichen Wunsch auf schriftliche Beantwortung der Fragen nicht nachgekommen wurde und wünscht, die Beantwortung in der Niederschrift wiederzufinden.

Herr Landmann weist darauf hin, dass er die Studie, als sie noch ganz frisch war, zur Kenntnis genommen hat und es verwundert ihn, dass die Studie nunmehr doch gefunden wurde. Das Konzept war seiner Zeit wesentlich teurer als 10.000 €. Demnach ist zu schlussfolgern, dass die Studie doch im Schreibtisch verschwunden ist.

Herr Dr. König weist darauf hin, dass Herr Landmann ihm die Studie nicht übergeben hat und dem Mitarbeiter, der seiner Zeit für den Tourismus zuständig war, hat Herr Dr. König in seinen ersten 8 Monaten Dienstzeit nicht kennenlernen können. Danach schied dieser Mitarbeiter aus dem Dienst der Stadtverwaltung aus. Es wurde zwar eine Studie gefunden, inwieweit

dies jedoch das finale Konzept war, konnte nicht ermittelt werden. Es wurde als qualitativer Arbeitsstand ausgelegt und demnach interpretiert.

Herr Landmann weist Herrn Dr. König darauf hin, Herrn Dr. Hensch zu befragen.

Weitere mündliche Anfragen wurden gestellt:

Herr Zinn fragt nach, warum die Stelle des/der Sachgebietsleiter(s)/in Personalmanagement erneut regional ausgeschrieben wurde und stimmt es, dass für den 25./26.07.2016 ein Landesparteitag der AfD sowie am 21.09.2016 eine Podiumsdebatte der AfD im Familiengarten stattfinden sollen und warum konnte das aus rechtlichen Gesichtspunkten nicht verhindert werden. Weiterhin die Frage, gibt es seitens der Verwaltung schon Reaktionen für den Auftritt des NPD-Stadtverordneten Wollinski vom 17. – 19.06.2016 in Finowfurt.

Herr Landmann fragt nach, wie der Stand der Jahresabschlüsse ist.

Frau Stibane erläutert, dass der Jahresabschluss 2013 von den Mitarbeitern der Kämmerei druckvoll bearbeitet wurde.

Herr Siebert erläutert, dass die Beschlussvorlage zum Jahresabschluss 2013 jetzt bearbeitet ist. Die Beschlussvorlage zum Jahresabschluss 2013 wird am 08.06.2016 im Rechnungsprüfungsausschuss, am 15.06.2016 im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, am 23.06.2016 im Hauptausschuss sowie am 30.06.2016 in der StVV auf der Tagesordnung sein.

Frau Stibane nimmt Bezug auf die Anfragen von Herrn Zinn. Zur Stellenausschreibung Sachgebietsleiter Personalmanagement war die vormalige Ausschreibung nicht von Erfolg gekrönt, da die Bewerber den Anforderungen der Verwaltung nicht entsprochen haben.

Bezüglich der Anfragen der AfD weist Frau Stibane darauf hin, dass Anfragen rechtlich nicht verhindert werden können. Die AfD ist keine verbotene Organisation. Es kann bestätigt werden, dass inzwischen 3 Anfragen (Anfrage zum Landesparteitag, Anfrage Podiumsdiskussion und Anfrage für Sommerfest) vorliegen, die im Familiengarten bearbeitet werden. Zum Frageteil 3 kann bestätigt werden, dass der Auftritt des NPD-Funktionärs Wollinski bekannt ist und sich intensiv in Zusammenarbeit mit den Fraktionen darum gekümmert wird.

Herr Jede vertritt die Auffassung, dass eine Verhinderung und Blockierung von Zusammenkünften der AfD nicht möglich sein wird. Aus dem Grund entstehen solche Alternativen, die massiv an Sympathien von Seiten der Bürger gewinnen. Herr Jede plädiert für eine Gleichbehandlung.

Herr Jede erinnert an seine bereits im vorherigen Ausschuss gestellte Anfrage hinsichtlich der der Willkommengelder und bittet um Beantwortung.

Zum anderen möchte Herr Jede wissen, wie das gesamte Procedere der Vergabe der in Schulen und Kindertagesstätten tätigen Fotografen verläuft. Er missbilligt, dass die Fotografen immer wieder die gleichen Fotos zum Kauf anbieten. Er geht im Übrigen davon aus, dass auch Fotografen aus Eberswalde in der Lage wären, schöne Fotos der Kinder herzustellen, dazu müssen keine Fotografen aus anderen Bundesländern bemüht werden. Hierzu erwartet er eine schriftliche Beantwortung.

Frau Stibane sagt die schriftliche Beantwortung zu.

TOP 11

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.2

Vorlage: BV/0302/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unterstützung des Projektes Waldorfkindergarten in Eberswalde

Herr Laffin stellt den Antrag, der Initiative Waldorf Pädagogik e. V. das Rederecht zu erteilen, sodass Fragen sofort beantwortet werden können.

Im Nachgang zum gestrigen Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, in dem die Beschlussvorlage abgelehnt wurde, jedoch für ein Projekt am Bahnhofsvorplatz Finanzmittel zur Verfügung stehen, zeigt sich Herr Laffin enttäuscht.

Dem Antrag auf Erteilung des Rederechtes der Initiative Waldorf Pädagogik e. V. wird mehrheitlich entsprochen.

Herr Landmann verweist darauf, dass ein Bedarf durchaus erkennbar ist, und die Ablehnung des Antrages nicht auf die Initiative Waldorf Pädagogik e. V. zurückzuführen ist, sondern es geht einzig und allein darum, dass sich freie Träger ein Jahr lang ohne Zuschüsse bewähren und etablieren müssen. Sollte nunmehr eine Ausnahme vom Regelfall gemacht werden, ist für die Zukunft nicht absehbar, mit welchen Konsequenzen zu rechnen ist. Die Gelder, die von Gemeinden übernommen werden, aus denen Kinder stammen, die in Eberswalde untergebracht werden, fließen demnach auch nicht. Diese Kosten werden von der Stadt zu übernehmen sein. Problem ist auch die Bezuschussung über einen 5-stelligen Betrag. Auch heute wird die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Die Initiative Waldorf Pädagogik e. V., Frau Masini, erhält das Rederecht und erläutert die Intentionen der Initiative Waldorf Pädagogik e.V.

Frau Stibane möchte 2 Korrekturen vornehmen, zum einen erstreckt sich das Wunsch- und Wahlrecht des § 6 SGB VIII nur auf vorhandene Kindertagesstätten, begründet jedoch nicht,

jedes pädagogische Konzept vor Ort vorzuhalten. Bezüglich anderer Bundesländer ist auch die Kitabedarfsplanung Voraussetzung.

Frau Ladewig erläutert, dass sich der Antrag auf die Aufnahme in den Kitabedarfsplan bezieht. Durch die Aufnahme in den Kitabedarfsplan kann die Finanzierung eines freien Trägers erfolgen. Damit ist ein gesetzlicher Anspruch vorhanden. Durch das Kitagesetz des Landes Brandenburg, § 12 Abs. 3, ist die Aufnahme geregelt. Die Aufnahme ist durch den örtlichen Jugendhilfeträger, den Landkreis Barnim, zu realisieren. Der Landkreis hat dabei zu prüfen, ob eine tatsächliche Inanspruchnahme dieser Kindertagesstätte erfolgt. Die tatsächliche Inanspruchnahme kann frühestens nach einem Jahr nachgewiesen werden, denn erst dann hat der freie Träger beweisen können, dass er ein Jahr lang mit den Personalkosten von derzeit über 84 % als auch mit den Elternbeiträgen in der Lage war, sich vor Ort zu etablieren. Das bedeutet, dass der freie Träger ein Jahr lang Zeit hat, zu zeigen, dass er Stabilität und Daseinsvorsorge betreiben kann. Diese Rechtsauffassung teilen sowohl der Landkreis Barnim als auch die Stadt Eberswalde. Daraus resultiert auch die Beschlussfassung der Stvv über die „Richtlinie zur Finanzierung der freien Träger“. In dieser Richtlinie stehen im Punkt 2.1., der heute durch den Antrag der Initiative Waldorf Pädagogik e. V. ausgehebelt werden soll, die einzelnen Prämissen, die die einzelnen Träger zu absolvieren haben. Dazu gehört die Aufnahme in den Bedarfsplan, eine eigenständige Gebührensatzung mit einer Benehmensherstellung durch den Landkreis Barnim. Frau Ladewig hebt hervor, dass die Verwaltung die Initiative Waldorf Pädagogik e. V. in den letzten 2 Jahren sehr gut begleitet hat bis zu dem Punkt, an dem es um die tatsächliche Finanzierung ging, welche an Recht und Gesetz gebunden ist. Die Prüfung der nachgereichten Unterlagen der Initiative hat dabei ergeben, dass 50 % der zu betreuenden Kinder aus anderen Gemeinden kommen. Bei diesen 50 % müsste die Stadt Eberswalde die Rückerstattungskosten der Gemeinden übernehmen. Von daher handelt es sich um ein absolut defizitäres Geschäft für die Stadt Eberswalde. Der Finanzierungsplan wurde im gestrigen Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport behandelt. Daraus resultieren die Aufstellungen „Kosten- und Finanzierungsplan 2016“ und „Vergleich Zuschuss freie Träger für 2014/pro Kind“, welche an die Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner vor der Sitzung verteilt wurden. Gleichfalls befinden sich diese Auswertungen als **Anlagen 5 und 6** an der Niederschrift.

Frau Bessel erläutert anhand der Auswertungen den aktuellen Stand des Zuschussbedarfes.

Herr Jede steht zum Gleichbehandlungsgrundsatz und die Erfüllung nach Recht und Gesetz.

Herr Markmann spricht sich für die Unterstützung der Initiative Waldorf Pädagogik e. V. aus und ist der Auffassung, dass die StVV einst gefasste Beschlussfassungen auch wieder relativieren bzw. aufheben und demnach eine Ausnahme beschließen kann.

Herr Bloch nimmt an der Sitzung ab 19:15 Uhr teil.

Herr Zinn macht deutlich, dass er einer Ablehnung des Antrages äußerst negativ gegenüber steht und es nicht einfach sein wird, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt eine ablehnende Entscheidung plausibel zu machen. Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis steht dem Antrag positiv gegenüber.

Herr Jede stellt den Geschäftsordnungsantrag, mit der Diskussion zum Ende zu kommen.

Frau Kersten weist auf ihr Rederecht hin sowie die Fortführung der Diskussion, da noch nicht alle Fraktionen ihre Meinung geäußert haben.

Herr Grohs weist darauf hin, dass laut Geschäftsordnung jede Fraktion das Recht besitzt, sich äußern zu dürfen. Er nimmt Bezug auf die Erläuterungen von Frau Bessel, wonach ein Bedarf für 4 Monate von 16.000 Euro ermittelt wurde, wobei keine Kita mehr oder weniger bekommt. Gemäß dem Antrag der Initiative werden 37.000 Euro gefordert. Demnach ist zum Gleichbehandlungsgrundsatz die Überlegung relevant, den Antrag entsprechend richtig zu formulieren bzw. zu präzisieren.

Herr Trieloff erinnert daran, über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Jede abstimmen zu lassen.

Herr Jur steht ebenfalls auf dem Standpunkt, den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Jede zur Abstimmung zu bringen.

Herr Zinn weist ausdrücklich darauf hin, dass laut Geschäftsordnung jede Fraktion das Recht besitzt, sich äußern zu können. Da noch nicht jede Fraktion zu Wort gekommen ist, hat der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Jede keine Relevanz.

Herr Trieloff begrüßt die Aktivitäten der Initiative Waldorf Pädagogik e. V. und steht ihnen positiv gegenüber. Er schätzt die Finanzierung jedoch als schwierig ein und ebenso eine Ausnahmeregelung zu der bestehenden Beschlussfassung. Er regt Gespräche innerhalb der Fraktionen zur Frage der Etablierung von freien Trägern bei den geforderten Rahmenbedingungen an. Seine Fraktion steht solchen Projekten generell positiv gegenüber. Es ergeht die Bitte an die Verwaltung, mit dem Landkreis Barnim in Gespräche zu treten, um möglicherweise die Initiative Waldorf Pädagogik e. V. fördern zu können.

Frau Kersten verweist darauf, dass die Fraktion Die Linke Unterstützer des Projektes ist. Sie sieht in der Einrichtung des Waldorf-Kindergartens eine Chance, die Lücke der fehlenden 75 Kitaplätze zu schließen. Auf Grund der Besonderheit des Angebotes für die Stadt Eberswalde sollte eine Ausnahmeregelung vollzogen werden. Es sollte zudem geprüft werden, ob der Landkreis auch ein Interesse an der Einrichtung eines Waldorf-Kindergartens haben muss.

Herr Morgenroth erklärt, dass sich die Bürgerfraktion Eberswalde entschieden hat, den Antrag abzulehnen. Alle bisherigen freien Träger mussten sich an die Regelungen der „Richtlinie zur Finanzierung freier Träger“ halten, um in den Bedarfsplan aufgenommen zu werden. Die personelle Frage ist noch nicht geklärt. Der Antrag ist in der gestellten Form nicht zustimmungsfähig.

Es erfolgt die Abstimmung zu dem von Herrn Jede gestellten Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Herr Fölsner macht darauf aufmerksam, dass es nicht bei einer einmaligen Ausnahme bleiben und daraus eine dauerhafte Ausnahmeregelung entstehen würde, weil nachfolgenden freien Trägern die Antragstellung und die daraus folgende Finanzierung nicht mehr zu verweigern wäre.

Herr Zinn bittet um eine Unterbrechung der Diskussion für die Dauer von 5 Minuten, um sich mit der antragstellenden Fraktion zu verständigen, den Antrag aufrecht zu erhalten oder welche die weitere Verfahrensweise sein wird.

Die Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen sind mit der Unterbrechung der Sitzung für die Dauer von 5 Minuten einverstanden.

Herr Landmann ist zu Beginn der Wiederaufnahme der Sitzung nicht anwesend (9 Anwesende).

Herr Sponner spricht sich für eine Ausnahmeregelung aus. Zum einen sollen Familien in die Stadt Eberswalde ziehen, zum anderen fehlen aber 75 Kita-Plätze. Dies ist Grund genug, zu handeln.

Herr Trieloff geht davon aus, dass der Antrag aufrechterhalten werden soll und fragt, ob über alle Konsequenzen Klarheit besteht. Er kann dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Er appelliert an die Antragsteller, den Antrag heute zurück zu ziehen und in einer anderen geeigneten und überarbeiteten Form und Weise (ohne Konflikte des Verwaltungshandelns und langfristige Folgen) erneut einzubringen. Die rechtlichen Klippen des Antrages sollten mit der Verwaltung besprochen und so korrigiert werden, dass einer Zustimmung des Antrages entsprochen werden kann.

Herr Grohs kann im Namen seiner Fraktion dem Antrag in der vorliegenden Form keine Zustimmung erteilen. Die inhaltlichen Diskussionen in den Ausschüssen möchte die Fraktion der CDU in Fraktionsgesprächen nochmals diskutieren. Ein dringender Entscheidungsbedarf

im Monat Mai wird von ihm nicht gesehen. Eine Entscheidung könnte auch noch in den Monat Juni vertagt werden. Er bittet um einen Zeitaufschub für Diskussionen in der Fraktion, so dass die Beschlussvorlage nochmals auf die Tagesordnungen der Fachausschüsse im Monat Juni aufgenommen wird. Ihm fällt es schwer, über einen Zuschuss in Höhe von 37.000 Euro zu entscheiden, wenn dieser nicht plausibel unterlegt ist.

Herr Zinn zieht den Antrag im Namen seiner Fraktion für den heutigen Ausschuss zurück unter der Prämisse, dass ein neuer Antrag in die Fachausschüsse im Juni eingebracht wird und es dann zu einer entsprechenden Beschlussfassung kommt.

Herr Trieloff fragt, was mit dem Antrag für die Beratung im Hauptausschuss und die Beschlussfassung in der StVV sein wird.

Herr Zinn erläutert, dass die Einreicher im Hauptausschuss und in der StVV eine entsprechende Erklärung abgeben werden.

Mit Blick auf die Aussage des Vereins, er würde seitens der Behörden benachteiligt und dies auf Grundlage von unüblichen Regularien, fasst Frau Stibane zusammen, dass es um die Finanzierung eines Fehlbedarfes gehen soll, abweichend von den Regularien, die für andere freie Träger gelten. Die Verwaltung hat Regularien zu berücksichtigen, die in einem demokratischen Aushandlungsprozess zu Stande gekommen sind und diese gelten für alle freien Träger.

Herr Jur beendet die 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen um 19:48 Uhr.

Danko Jur
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Gesine Kittel
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 9 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Danko Jur

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Viktor Jede

- **Ausschussmitglied**
Winfried Bohn vertreten durch Herrn Grohs
Irene Kersten
Karl-Dietrich Laffin
Lutz Landmann
Conrad Morgenroth
Gottfried Sponner
Götz Trieloff
Carsten Zinn

- **sachkundige Einwohner/innen**
Richard Bloch ab 19.15 Uhr anwesend
Ronny Fölsner
Kirsten Höner-March entschuldigt
Michael Jauer entschuldigt
Ricardo Kremps entschuldigt
Gerd Markmann
Manfred Martin entschuldigt
Dipl.-Ing. Martin Mischel
Michael Pitrowski
Stephan Thörmer

- **Dezernent/in**
Petra Stibane

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Anke Bessel
Dr. Jan König
Kerstin Ladewig
Sven Siebert

- **Gäste**
Frau Eimert
Ruth-Maria Hilbrig
Lucia-Maria Masini

